

# Europäische Energiepolitik.

## WELCHER WEG FÜHRT IN DIE ZUKUNFT?

INTERVIEW MIT DR. MARKUS PIEPER

**2007 IST EUROPAPOLITISCH BETRACHTET** ein wichtiges Jahr für Deutschland.

Zum einen schlägt für die ersten sechs Monate Europas Herz in Berlin – Bundeskanzlerin Angela Merkel ist EU-Ratspräsidentin. Andererseits stehen mit dem am 10. Januar 2007 vorgelegten „Energiepaket“ im Energiebereich drastische Struktur- eingriffe an. Neben einem verschärften Klimaschutz wird eine eigentumsrechtliche Entflechtung von Erzeugung, Netz und Vertrieb gefordert. KOMMUNAL sprach mit dem münsterländischen Europaparlament-Abgeordneten Dr. Markus Pieper.



Die Bedeutung der Energiepolitik ist in der EU seit dem Ende der 1990er Jahren stetig gestiegen. Heute wird in der Gemeinschaft um den richtigen Weg in die Energiezukunft gerungen.

**KOMMUNAL:** Mit dem Beitritt von Bulgarien und Rumänien zum Jahresbeginn umfasst die Union nun 27 Mitgliedstaaten mit mehr als 480 Mio. Menschen. Wie ein Wunder scheint die EU dennoch zu funktionieren. Wie ist Ihr Eindruck?

**PIEPER:** Wunder gibt es immer wieder. Aber ernsthaft: 27 Kommissare, 23 Amtssprachen, Richtlinienentwürfe, die 10 Jahre und älter sind, 5 000 Änderungsanträge des Parlaments für das neue Chemikalienrecht. Das alles zeigt, dass es so nicht mehr weitergeht. Wir müssen die Verfahren der Entscheidungsfindung schnell und intensiv reformieren.

### STRUKTURREFORM ÜBERFÄLLIG

**KOMMUNAL:** Was müsste dringend passieren, damit die Akzeptanz der EU bei den Bürgern breiter wird?

**PIEPER:** Der Schlüssel zum Lösen vieler Probleme liegt in der europäischen Verfassung. Weniger Kommissare, mehr Entscheidungsrechte für das Parlament, das Mehrheitsprinzip im Rat der Nationalregierungen und die stärkere Subsidiaritätskontrolle durch die Mitgliedstaaten: das sieht die Verfassung vor und so ließen sich Zuständigkeiten eindeutiger definieren.

Die Entscheidungen würden beschleunigt und wir hätten die Gewähr, dass Europa sich nicht zu viel einmischt.

**KOMMUNAL:** Wie sollte mit der auf Eis liegenden Europäischen Verfassung weiter verfahren werden?

**PIEPER:** Auch wenn viele das anders sehen. Für mich ist die Verfassung seit den negativen Referenden in Frankreich und den Niederlanden leider nicht mehr zu retten. Wir sollten deshalb pragmatisch vorgehen, also die derzeitige Vertragsgrundlage von Nizza um die sinnvollen Elemente der Verfassung ergänzen, das heißt einen neuen Konsensvertrag entwickeln. Den müssten noch die nationalen Parlamente bestätigen und wir könnten schnell mit einer bürger- und wirtschaftsnäheren Politik loslegen. Das umfassende Verfassungsprojekt könnte dann in einigen Jahren neu verhandelt werden und sollte mit Volksentscheiden bestätigt werden – auch in Deutschland.

**KOMMUNAL:** Wie realistisch ist das sog. Lissabon-Ziel der EU, also das Bestreben, bis 2010 zur wettbewerbsfähigsten und dynamischsten Region der Welt zu werden, aus heutiger Sicht?

„STADTWERKE UND IHRE EIGENTÜMER MÜSSEN SICH DARAUF EINSTELLEN, DASS DER STROMKUNDE KÜNFTIG WENIGER ZUR FINANZIERUNG ÖFFENTLICHER AUFGABEN HERANGEZOGEN WERDEN KANN.“

**PIEPER:** 10-Jahrespläne haben noch nie funktioniert. Ich halte nichts von solchen Zielvorgaben, zumal die Erfolgskontrolle der politischen Willkür ausgesetzt ist. Dennoch haben wir gerade in Deutschland die wirtschaftlichen Vorteile des Binnenmarktes gespürt: Vor allem durch den Handel mit EU-Partnern ist die Zahl der im Export beschäftigten Arbeitnehmer in den letzten 10 Jahren in Deutschland von 8 auf 10,5 Millionen gestiegen. Und auch in wichtigen Technologiefeldern wie der Nano- oder der Lebensmitteltechnologie ist die deutsche Forschung vielfach nur durch europäische Unterstützung internationaler Vorreiter.

„ZUNÄCHST MUSS MAN DEN NATIONALEN REGULIERUNGSBEHÖRDEN MEHR ZEIT FÜR EINE WIRKSAME WETTBEWERBSKONTROLLE GEBEN.“

*Dr. Markus Pieper*

#### RADIKALE ENERGIEPOLITIK

**KOMMUNAL:** Der Vorschlag der EU-Kommission für eine gemeinsame Energiepolitik enthält einen Aktionsplan mit zehn Maßnahmen. Ganz oben steht aber, den Aufbau eines funktionierenden Energiebinnenmarktes, insbesondere durch Trennung von Erzeugung, Netz und Vertrieb erreichen zu wollen, was einer Zerschlagung der Energiekonzerne gleichkommt. Halten Sie eine derartige Ratsentscheidung für möglich?

**PIEPER:** Eine solche Einigung im Rat der Nationalregierungen halte ich für unwahrscheinlich. Zu groß ist die Gegenwehr etwa aus Frankreich, Deutschland, Belgien und Österreich. Die Kommission macht hier auch den zweiten Schritt vor dem ersten. Zunächst muss man den nationalen Regulierungsbehörden mehr Zeit für eine wirksame Wettbewerbskontrolle geben. Andererseits: In Deutschland haben wir durch die fast wirkungslose Verbändevereinbarung viel Zeit verloren, die wir jetzt mühsam nachverhandeln müssen.

**KOMMUNAL:** Ein wichtiges Thema im Energiepaket ist die Versorgungssicherheit. Wie sehen Sie die Versorgungssicherheit im Münsterland, gut 15 Monate nach der Schneekatastrophe?

**PIEPER:** Als Europapolitiker kann ich mir zur speziellen regionalen Versorgungssicherheit kaum ein Urteil erlauben. Klar ist aber, dass sich halb Europa die Augen gerieben hat, als Strommasten bei uns einfach wegbrachen. Auch der durch eine Störung im Emsland bedingte überregionale Stromausfall zeigt, wie sensibel die Netzinfrastruktur ist. Andererseits hat Deutschland immer noch die höchste Netzsicherheit in Europa. Der Orkan Kyrill hat ja auch gezeigt, dass wir aus den Schwierigkeiten der Vergangenheit gelernt haben. Stromausfälle konnten innerhalb kürzester Zeit behoben werden.

#### AMBITIONIERTER KLIMASCHUTZ

**KOMMUNAL:** In dem Strategiepapier wird eine Verpflichtung angestrebt, die Treibhausgase in der EU schneller und stärker zu reduzieren. Im Kern wird an eine Minderung um mindestens 20 % bis 2020 gegenüber 1990 in der EU gedacht – die Kyotoverpflichtung der EU15 beträgt – 8 %; eine große Last dabei trägt Deutschland: 21 %. Halten Sie die auf dem EU-Frühjahrgipfel verabschiedete Verschärfung für sinnvoll?

**PIEPER:** Ich bin der Meinung, dass Europa und gerade Deutschland bereits vorbildlich agieren. Würden sich Spanien, Italien oder Zypern auch nur annähernd an die Zielvorgaben halten, stünde Europa noch besser dar. Wenn sich Deutschland jetzt aufgrund seiner schon guten Ergebnisse (schon 19 %, also nur noch 2 % vom 21 %-Ziel entfernt) zugunsten anderer Mitgliedstaaten noch schärferen Verpflichtungen gegenüber sehen soll, ist das nicht hinnehmbar. Mich ärgert hier die halbherzige nationale Interessenvertretung durch das deutsche Umweltministerium.

#### AUSWIRKUNGEN AUF DIE KOMMUNEN

**KOMMUNAL:** Für die Eigentümer von Stadtwerken könnte das Energiepaket die Infragestellung des bisherigen Schonraumes bei der Entflechtung bedeuten (Verteilnetzbetreiber mit weniger als 100 000 Kunden waren von den meisten Anforderungen ausgenommen) – die Kommission will diese überprüfen. Was halten Sie davon?

**PIEPER:** Wenn diese Überprüfung die Entflechtung zum Ergebnis hätte, wären die Auswirkungen für die Eigentümer der Stadtwerke gravierend. Der so genannte Schonraum ist aber auch durch weitere EU-Transparenzvorgaben im Bereich der Daseinsvorsorge in Gefahr. Stadtwerke und ihre Eigentümer müssen sich darauf einstellen, dass der Stromkunde künftig weniger zur Finanzierung öffentlicher Aufgaben herangezogen werden kann.

**KOMMUNAL:** Die verschärften Klimaschutzanforderungen, aber auch schon der Streit zwischen Brüssel und Berlin um die Menge der Emissionszertifikate für die Periode 2008–2012 stellt das Kraftwerkengagement der Stadtwerke auf den Prüfstand. Was als Beitrag zu mehr Wettbewerb im Erzeugungsbereich gedacht war, wird nun konterkariert. Wie beurteilen Sie hier das Verhältnis von Wettbewerbs- und Klimaschutzpolitik in der EU? >



#### ZUR PERSON.

**DR. MARKUS PIEPER**  
Diplom-Geograph  
Abgeordneter der EVD-ED (Fraktion der Europäischen Volkspartei und europäischer Demokraten) im Europäischen Parlament seit 2004

Mitglied im Ausschuss für regionale Entwicklung

Stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung

Geboren am 15. Mai 1963

#### STUDIUM

Geographie/Volkswirtschaftslehre/Raumordnung, Hannover

Abschluss als Diplom-Geograph (1983–1989)

Promotion: Bedeutungswandel von Standortfaktoren der Wirtschaft, Abschluss zum Dr. rer. nat. (1992–1994)

#### 1989–1994

Projektleiter einer international agierenden Unternehmens- und Kommunalberatung

#### 1994–2004

Geschäftsführer der IHK Osnabrück, Leitung zahlreicher EU-Projekte (regionale Innovationsstrategien, Forschungsförderung)

#### 1995–2004

Lehrbeauftragter der Universität Osnabrück (u. a. europäische Industriepolitik)

#### SEIT 2004

stellvertretender Vorsitzender des Deutschland- und Europapolitischen Bildungswerkes Nordrhein-Westfalen (DEPB)

kooptiertes Vorstandsmitglied CDU Kreisvorstand Steinfurt, CDU Vorstand Stadt Münster und CDU Bezirksvorstand Münsterland

#### SEIT 2007

stellvertretender regionalpolitischer Sprecher der EVP-ED-Fraktion ::

„IN DER EUROPÄISCHEN REGIONALPOLITIK ARBEITEN  
WIR AN NEUEN STRATEGIEN FÜR EINEN EFFIZIENTEREN  
UND TRANSPARENTEN EINSATZ DER STRUKTURGELDER.“

**PIEPER:** Die Klimaschutzpolitik dominiert mittlerweile die Wettbewerbspolitik. Das politische Klimaziel einer maximalen Erderwärmung von 2 Grad Celsius sieht die europäische und nationale Politik als Legitimation für weitere drastische Einschnitte bei den Abgasemissionen, für Steuererhöhungen bis hin zur Bodenschutzpolitik, die eigentlich wenig mit Klimaschutz zu tun hat, wo aber genau dieses Totschlagargument eine neue europäische Rahmenrichtlinie rechtfertigen soll.

So wichtig eine ressourcen- und klimaschonende Politik – auch aus Gründen der Energiesicherheit – ist, wir müssen anpassen, dass wir in Europa den Bogen nicht überspannen. Ein politisches Ziel von 2 Grad Celsius ist weltfremd. Es blendet andere Teile der Welt einfach aus, genau wie die natürlichen Ursachen der Klimaschwankungen und suggeriert so eine Allmacht und Allzuständigkeit der EU-Umweltpolitik.

Ich fordere mehr Sachlichkeit und weniger Emotionen in dieser Debatte. Bei allen ökologischen Notwendigkeiten dürfen wir die Wettbewerbsfähigkeit und die soziale Dimension nicht aus den Augen verlieren.

**MÜNSTERLÄNDISCHER EUROPAPOLITIKER**

**KOMMUNAL:** Was war ausschlaggebend, dass Sie Europapolitiker geworden sind?

**PIEPER:** Während meiner Zeit in der Wirtschaft habe ich erkannt, dass viele europäische Vorgaben letztlich die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen beeinflussen. Positiv und negativ. Ich habe mich schon in der IHK gegenüber Brüssel stark für regionalwirtschaftliche Belange eingesetzt und weiß, dass eine starke Wirtschaft letztlich Grundvoraussetzung für soziale Errungenschaften ist. Mit diesem Konzept wurde ich als politischer Quereinsteiger von der NRW-CDU für die Europawahl 2004 aufgestellt und gewählt.

**KOMMUNAL:** Im März vor 50 Jahren ist mit den „Römischen Verträgen“ der Grundstein der EU gelegt worden. Was gefällt Ihnen heute an der EU, was nervt Sie am meisten?

**PIEPER:** Was mir gefällt? Die Europäische Union und ihr politischer Auftrag an sich sind faszinierend. Es gibt keine andere europäische Antwort auf die Globalisierung. Die Friedenssicherung, eine gemeinsame Außenpolitik und Entwicklungshilfe, der gemeinsame Einsatz für Rohstoffsicherung und erneuerbare Energien, der größte Binnenmarkt der Welt: Ohne die EU hätte Deutschland weder nennenswertes außenpolitisches Gewicht noch wären wir Exportweltmeister. Was mich nervt, wie Sie es



Parlamentsgebäude in Brüssel. Es gibt keine andere europäische Antwort auf die Globalisierung als die Europäische Union.

nennen, ist die ausufernde Gesetzgebung, das Gezerre um die europäischen Finanzen und die unreflektierte Erweiterung der Europäischen Union.

„OHNE DIE EU HÄTTE DEUTSCHLAND WEDER AUSSENPOLITISCHES GEWICHT NOCH WÄREN WIR EXPORTWELTMEISTER.“

*Dr. Markus Pieper*

**KOMMUNAL:** Sie arbeiten im Ausschuss für regionale Entwicklung und im Agrarausschuss, auf die 80 % des EU-Budgets entfallen. Mit welchen Fragestellungen sind sie dort hauptsächlich beschäftigt?

**PIEPER:** Naturgemäß geht es vor allem ums Geld. In der europäischen Regionalpolitik arbeiten wir an neuen Strategien für einen effizienteren und transparenten Einsatz der Struktur-gelder. Ich selbst bin Berichterstatter für das Parlament zu den Konsequenzen künftiger Erweiterungsrunden für die Regional-

politik. Im Agrarausschuss geht es vor allem um neue Marktordnungen. Wir müssen auch in der Agrarpolitik der Marktwirtschaft endlich eine Chance geben.

**KOMMUNAL:** Was haben, salopp ausgedrückt, die Menschen in Münsterland davon, dass „einer der Ihren“ im Europaparlament sitzt, d.h. wie kann man die Früchte Ihrer Arbeit dort spüren?

**PIEPER:** Ich glaube, nach knapp drei Jahren Abgeordnetentätigkeit im komplizierten Gebilde europäischer Zuständigkeiten von „Früchten meiner Arbeit“ zu sprechen, wäre vermessen. Vielleicht mögen sich die Menschen mit meinen politischen Ansichten identifizieren, die im Interview ja durchscheinen.

Ein konkreter gemeinsamer Erfolg der deutschen CDU/CSU-Gruppe ist sicher, dass für Standortverlagerungen innerhalb der EU keine europäischen Gelder mehr gezahlt werden. Ein Erfolg ist auch die zunehmende Transparenz über die Verwendung europäischer Gelder, die wir im Regionalausschuss eingefordert und durchgesetzt haben. Und auch, dass wir im Münsterland seit 2007 deutlich mehr von europäischen Unterstützungen profitieren als noch in der Periode 2000 bis 2006 ist ein schöner Erfolg, der aber viele Väter (und Mütter) hat.

**KOMMUNAL:** Vielen Dank für das Interview.